

Gestaltungsfreiheit beim Hausbau

Beschluss Harburgs Stadträte wollen die Richtlinien etwas erweitern

Harburg | wog | Der Häuslebauer hat so seine Träume. Das Dach ein bisschen schräger. Vielleicht alles im Toskana-Stil. Doch dann kommt der Hammer. Die Baubehörde lehnt gnadenlos ab. Weil die Ideen nicht ins Schema passen. Denn jede Siedlung hat ihre Vorschriften. Harburgs Stadtrat beriet über so einen Fall. Und dabei stellte sich die Frage: „Ändern wir den Bebauungsplan Westheimerfeld im Stadtteil Mündling oder nicht?“

Einig waren sich die Räte, dass sie keine komplette Gestaltungsfreiheit zulassen. „Änderungen ja, aber behutsam vorgehen“, riet der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Bernhard Röthinger. Das sah Thomas Höckner von den Parteifreien ähnlich.



Gabriele Ferber

Und Claudia Müller, die Fraktionschefin der SPD betonte, es dürfe keine Quartiersbildung geben, die den Nachbarn dränge, im gleichen Stil zu bauen.“
Günter Enßlin von der gleichnamigen Zimmerei Holzbau GmbH aus Möttingen durfte seine Expertenmeinung dazu äußern. Er riet Ortskerne zu belassen und in neuen Baugebieten mehr Freiheit zu gewähren. Er unterstrich die bereits von Bürgermeister Wolfgang Kilian betonte Feststellung „Ein Haus baut man nur einmal im Leben“ und erinnerte an die hohen Investitionssummen, die zwischen 250 000 und 400 000 Euro lägen. Schließlich entschied der Stadtrat einstimmig den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Westheimerfeld zu ändern. Der Entwurf solle in der nächsten Sitzung

vorgelegt werden. Bei den Bebauungsplänen für die Gebiete Mündlinger Straße II und III wurden die Einwände und Anregungen des Landratsamtes beraten, vor allem ging es dabei um Sichtdreiecke, Bodenfunde und Eingrünung. Einstimmig beschlossen wurde die Satzung des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts, wobei dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Tourismus nun auch ein Beschlussrecht eingeräumt wurde.

Als neue Ortssprecherin für Brünsee/Marbach wurde Gabriele Ferber auch mit dem entsprechenden Wegereferat bedacht. Die gleiche Aufgabe wurde in Schrattenhofen Ortssprecher Erich Stähle zugeteilt, der allerdings an der Sitzung am vergangenen Donnerstag nicht teilnehmen konnte.

Keine Bezuschussung

Schließlich wurde noch über den Antrag von Stadtrat Günter Peraus (Junge Bürger) entschieden. Er hatte vorgeschlagen, Kosten, die den Anliegern in den Langgassen in Ebermergen und Großsorheim durch die Namensänderung entstünden, nach entsprechendem Nachweis mit 25 Prozent beziehungsweise höchstens 200 Euro durch die Stadt zu bezuschussen. Bürgermeister Kilian hielt dem entgegen, dass bei 60 Anwesen eine hohe Summe entstehen könne. Rupert Litzel (PWG) verwies auf die Kosten, die die Stadt zur Änderung der Straßenschilder zu tragen habe. Und Claudia Müller (SPD) erinnerte daran, dass einst die Wemdinger Straße in „Point“ umbenannt wurde, ohne Kosten abzugelten. Man solle nun keinen Präzedenzfall schaffen. Der Antrag von Peraus wurde dann bei nur drei Befürwortern abgelehnt. Foto: Lembeck